

## **A n t r a g**

### **der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **Freies WLAN in Rheinland-Pfalz voranbringen**

Der Landtag stellt fest:

Das Leben gestaltet sich zunehmend digital. Ein freier und leistungsfähiger Zugang zum Internet ist inzwischen unverzichtbare Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation. Neben dem stationären Internetanschluss kommt dem mobilen Internet eine wachsende Bedeutung zu. Es gehört zum beruflichen und privaten Alltag vieler Menschen, unterwegs E-Mails zu bearbeiten, Videos, Bilder und Dateien mit anderen Nutzerinnen und Nutzern zu teilen, Informationen in Online-Suchportalen nachzuschlagen, auf sozialen Netzwerken zu diskutieren oder auch nur den aktuellen Wetterbericht zu lesen.

Im internationalen Vergleich weist Deutschland eine deutlich geringere Verfügbarkeit von öffentlichem WLAN auf. Klar ist: Das Potenzial von öffentlich zugänglichem WLAN für digitale Teilhabe, Wirtschaft und Tourismus bleibt in Deutschland und Rheinland-Pfalz noch weitestgehend ungenutzt. In Zeiten, in denen Smartphone und Tablet als Reiseführer, Routenplaner und Restaurantführer genutzt werden, ist die Verfügbarkeit von leistungsfähigem mobilem Internet für das Tourismusland Rheinland-Pfalz längst zu einem wichtigen Wettbewerbsfaktor geworden. Für den rheinland-pfälzischen Tourismus gilt es, diese Chancen weiter auszubauen und zu nutzen.

Daher ist es eine wegweisende Entwicklung, dass öffentliche Einrichtungen, private Anbieter und ehrenamtliche Initiativen öffentliche Hotspots zur Verfügung stellen und kostenfreien Zugriff mit mobilen Endgeräten ermöglichen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das digitale Ehrenamt von Freifunk-Initiativen, die durch den Aufbau und Betrieb von freien und offenen Funknetzen einen kostenlosen, barrierefreien und anonymen Zugang zu mobilem Internet bereitstellen.

Voraussetzung für einen zügigen Ausbau von öffentlichem WLAN ist Rechtssicherheit für die Betreiber offener WLAN-Netze bei Rechtsverstößen von Nutzerinnen und Nutzern. Mit der geplanten Änderung des Telemediengesetzes zur Abschaffung der Störerhaftung sollen die Haftungsrisiken der Anbieter von öffentlichem WLAN abgebaut werden.

Der Landtag begrüßt:

- die Beschäftigung der Landesregierung mit den Themen des mobilen Internets und der öffentlich zugänglichen WLAN-Hotspots im Kontext des Digital-Dialogs;
- die positive Haltung der Landesregierung zur Abschaffung der Störerhaftung im Bundesrat;
- dass die Landesregierung mit der Durchführung eines Vergabeverfahrens für einen Rahmenvertrag des Landes über den Auf- und Ausbau von WLAN-Hotspots in Kommunen und in öffentlichen Gebäuden in Landeseigentum die Voraussetzungen geschaffen hat, das Projekt „1000 WLAN-Hotspots in 1000 Kommunen“ zeitnah umzusetzen;
- das digitale Engagement von Freifunk-Initiativen beim Aufbau und Betrieb freier WLAN-Netze;

b. w.

- den vom Bundesrat beschlossenen Gesetzentwurf „zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk“, den Rheinland-Pfalz mit anderen Ländern eingebracht hatte.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- dass der Aus- und Aufbau von freiem, öffentlich zugänglichem WLAN einen Schwerpunkt in der Digitalstrategie der Landesregierung bildet;
- alle Gebäude in Landeseigentum, die über einen Internetzugang verfügen, zeitnah mit kostenfreiem öffentlichen WLAN auszustatten;
- bei den Kommunen und beim Bund für die Bereitstellung von öffentlichem WLAN zu werben mit dem Ziel, dass jedes mit Internet versorgte, öffentliche Gebäude einen freien WLAN-Zugang bereitstellt;
- Kommunen in diesem Vorhaben zu unterstützen und das Projekt „1000 WLAN-Hotspots in 1000 Kommunen“ zeitnah umzusetzen;
- zu prüfen, wie die Anstrengungen der Landesregierung und der Kommunen beim Auf- und Ausbau von öffentlichen WLAN-Hotspots durch EU-Fördermittel im Rahmen des europäischen WiFi4EU-Programms sinnvoll ergänzt werden können;
- zu prüfen, wie beim Auf- und Ausbau von öffentlichem WLAN zivilgesellschaftliche Initiativen wie Freifunk eingebunden werden können;
- dafür Sorge zu tragen, dass qualitativ hochwertige WLAN-Hotspots ein verbindliches Element in Ausschreibungen für den Schienenpersonennahverkehr werden;
- bei bestehendem Zugmaterial zu prüfen, wie dieses mit qualitativ hochwertigem WLAN nachgerüstet werden kann.

Für die Fraktion der SPD:      Für die Fraktion der FDP:  
Martin Haller                      Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Pia Schellhammer